



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

16. Sitzung (öffentlich)

28. November 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.20 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)

Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790

Vorlagen 13/819, 13/883, 13/901 und 13/902

1

Die Einzelpläne 08, 10 und 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie werden nach abschließender Beratung unter Berücksichtigung der sich aus der Diskussion ergebenden Veränderungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

2 Für einen wirtschaftlichen Aufbruch in NRW. Schluss mit der Politik der eingeschlafenen Hand

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1516

In Verbindung damit:

Für ein Reformpaket zur Belebung und Modernisierung der NRW-Wirtschaft

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1519

13

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1516, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/1519, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP und bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

3 Internationalisierung des nordrhein-westfälischen Mittelstandes stärken

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1602

15

Der Antrag wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

4 NRW muss Chancen der Globalisierung für den Mittelstand nutzen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1481

15

Der Ausschuss berät erstmalig über den Antrag der CDU-Fraktion, der abschließend beraten und abgestimmt werden soll, sobald die mitberatenden Ausschüsse ihre Voten abgegeben haben.

5 Neues e-Medium nutzen - Wertschöpfung am Standort NRW beschleunigen

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/712

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/755

Vorlage 13/959

Zuschriften 13/789, 13/797, 13/822, 13/823, 13/824, 13/825, 13/833, 13/836,
13/837, 13/846, 13/852, 13/853, 3/854, 13/880, 13/881, 13/883, 13/891 und
13/898

Ausschussprotokoll 13/841

18

Der Ausschuss kommt überein, erst in seiner Februar-Sitzung abschließend zu beraten und abzustimmen.

6 Ehrenamt stärken - Aktive Bürgergesellschaft aufbauen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/896

Zuschriften 13/782, 13/872, 13/884, 13/986, 13/987, 13/994, 13/1023,
13/1031, 13/1035, 13/1036, 13/1037, 13/1038, 13/1041, 13/1046, 13/1047,
13/1049, 13/1055, 13/1056, 13/1068, 13/1071, 13/1074, 13/1076, 13/1101,
13/1112 und 13/1120

19

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Anhörungsprotokoll - APr 13/387 - erst in seiner Januar- oder Februar-Sitzung auszuwerten und heute nicht in die Beratung einzusteigen.

- 7 **Bericht über die Schließung des Textron-Werkes Neuss** 19

Dem Bericht der Landesregierung schließt sich eine Aussprache an.

- 8 **Bericht über offene Beträge durch KWK-G und EEG bei der Stromversorgung** 21

Der Ausschuss nimmt Berichte durch das MWMEV und das MSKS entgegen und führt hierzu eine Aussprache.

- 9 **Digitales Medienland NRW - Neue Perspektive für öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk**
Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1611 27

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion angenommen.

- 10 **Verschiedenes** 27

- Besuch der CEBIT
- Reise ins Baltikum

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** mit, durch ein Versehen sei der Antrag "Digitales Medienland NRW - Neue Perspektiven für öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk" - Drucksache 13/1611 - entgegen der Vereinbarung aus der letzten Sitzung nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden. Die Fraktionen hätten sich allerdings darauf verständigt, das Thema in der heutigen Sitzung abschließend zu behandeln. Es solle vor dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" aufgerufen werden. - Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)**

Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790

Vorlagen 13/819, 13/883, 13/901 und 13/902

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, wie verabredet stünden heute die abschließende Beratung und Abstimmung über die Teilbereiche der Einzelpläne 08, 10 und 15 an, in denen die Zuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie gegeben sei. Das Ausschusssekretariat habe zu den Änderungsanträgen eine Tischvorlage (s. Anlage zu diesem Ausschussprotokoll) erstellt. Der Ausschuss solle die Anträge einzeln durchgehen, beraten und abstimmen. Zum Schluss solle jeweils die Abstimmung über die Einzelpläne 08, 10 und 15 durchgeführt werden.

Die CDU-Fraktion habe mit Schreiben vom 20. November darum gebeten, die Landesregierung möge noch über die Umsetzung der globalen Minderausgabe im Wirtschaftshaushalt berichten, soweit sie von der 2. Ergänzungsvorlage betroffen sei.

Die 2. Ergänzungsvorlage, so **Ernst Schwanhold, Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr**, spiegele im Wesentlichen die Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung wider. Die Landesregierung habe sich entschlossen, einen Teil der Steuermindereinnahmen - es gehe um 211 Millionen Euro - über eine globale Minderausgabe auszugleichen, die auf die Einzelpläne verteilt worden sei. Die investiven Maßnahmen sollten oberhalb der Nettoneuverschuldung gehalten werden. Deshalb sei ein in der Vergangenheit genutzter Verteilungsschlüssel jetzt nicht mehr angewandt worden. Im gesamten Einzelplan 08 müsse ein Einsparbetrag von 38,3 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Zu klären sei, an welchen Stellen konkret in den Wirtschaftshaushalt eingeschnitten werden könne. Angesichts der umfangreichen Sparoperation, die die Landesregierung schon im Vorfeld zu bewältigen gehabt habe, könne er diese Frage heute allerdings nicht beantworten. Ganz bewusst habe sich die Landesregierung für eine globale Minderausgabe und gegen eine titelscharfe Kürzung ausge-

sprochen. Auf dem Wege sollten die Haushaltsbelastungen infolge der Steuermindereinnahmen so gering wie möglich gehalten werden. Sollte sich im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben ein Minderbedarf ergeben, würden solche Spielräume genutzt, auch wenn so nur ein Teil der globalen Minderausgabe aufgefangen werden könne. Den Hauptteil hätten die freiwilligen Förderprogramme sowie Maßnahmen im Wirtschafts- und Verkehrshaushalt zu erbringen. Geprüft werde, wie sich die tatsächliche Inanspruchnahme der Programme entwickle. Bei Programmen, die nur noch von Mitnahmeeffekten geprägt seien, sei es klug, für eine Beendigung zu sorgen. Auch die zeitliche Streckung von Maßnahmen werde ins Auge gefasst. Das sei eine mühsame Arbeit, da dabei auch das Wechselspiel zwischen dem finanzpolitischen Konsolidierungskurs und dem wirtschaftlichen bzw. verkehrspolitischen Anliegen ausbalanciert werden müsse. Das von ihm beabsichtigte Verfahren erlaube, auf Maßnahmen zu reagieren, die im Haushaltsvollzug eventuell kurzfristig ergriffen werden müssten.

Der Umfang der globalen Minderausgabe habe ihn entsetzt, bekennt **Christian Weisbrich (CDU)**. Er befürchte, dass der Konsolidierungsbeitrag im engeren Bereich des Wirtschaftshaushalts und seiner Förderprogramme abgefangen werden müsse. Zwar könne die Landesregierung flexibel reagieren; allerdings werde das Budgetrecht des Parlaments in seinen Grundfesten ausgehoben. Der Opposition werde es vor diesem Hintergrund ungemein schwer fallen, haushaltstechnisch realisierbare Vorschläge zu unterbreiten, wenn nicht bekannt sei, an welchen Stellen gestrichen werde.

Vor diesem Hintergrund solle die Landesregierung nicht auf das Instrument der globalen Minderausgabe zurückgreifen. Würde dieses Instrument weiter strapaziert, könne sich das Parlament demnächst Haushaltsplanberatungen durchaus sparen und der Landesregierung die Mittelverwendung global überlassen. Angesichts der Verteilung der globalen Minderausgabe mute der Wirtschaftshaushalt fast schon wie ein Steinbruch an. Dieses Signal sei falsch. Wer die Wirtschaft stärken wolle, müsse speziell dafür sorgen, dass der Wirtschaftshaushalt angemessen dotiert sei.

Minister Ernst Schwanhold betont, die Einsparung sei im Wirtschafts- und Verkehrshaushalt zu erbringen. Der Wirtschaftshaushalt sei also nicht alleine betroffen. Die prozentuale Aufteilung auf die tangierten Bereiche stehe im Moment noch nicht fest. Ein wesentlicher Teil der Mittel werde nach seiner festen Überzeugung im Haushaltsvollzug oder im Bereich nicht abgefragter Mittel bzw. nicht in Anspruch genommener Förderprogramme sowie durch die Streckung von Maßnahmen realisiert. Er gestehe ein, dass die Handhabe des Parlaments, möglichst titelscharf Einfluss auf die Haushaltsgestaltung auszuüben, eingeschränkt sei. - Die Landesregierung habe an alle Ressorts einen einheitlichen Maßstab angelegt. Wer den Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministers als "Steinbruch" bezeichne, müsse auch dazusagen, dass in diesem Etat die größte freie Spitze zur Verfügung stehe. In anderen Bereichen sorgten Personalausgaben dafür, dass Mittel gebunden würden. - Um den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen einstuft zu können, müsse man sich vor Augen führen, dass er den Haushalt Russlands um 1 Milliarde Euro übersteige.

Besorgnis erregend seien die Dimensionen, entgegnet **Christian Weisbrich (CDU)**, mit denen man mittlerweile konfrontiert werde. Eine globale Minderausgabe, wie sie jetzt ausgebracht werden solle, habe er bisher noch nicht erlebt. Die Grundfesten des parlamentarischen Budgetrechts seien bedroht. Auch wenn im Wirtschaftshaushalt tatsächlich die größte freie Spitze zur Verfügung stehe, dürfe die Landesregierung die Ziele, die sie erreichen wolle, nicht aus dem Auge verlieren. Er gebe zu bedenken, dass Nordrhein-Westfalen auf seine Wirtschaftskraft angewiesen sei, um den Haushalt überhaupt noch fahren zu können. Die Landesregierung mache virtuelle Versprechungen, auf deren Grundlage die Wirtschaft florieren solle.

Wie passten die Streckungen im Verkehrsbereich mit dem 12-Punkte-Programm zusammen, das der Ministerpräsident vorgestellt habe.

(Minister Schwanhold: Bundesgeld!)

- Es sei nicht möglich, die Landesprobleme komplett auf den Bund abzuschieben. Auch Nordrhein-Westfalen müsse seinen Beitrag leisten. Dass die Landesregierung im investiven Bereich noch strecken könne, halte er angesichts der desolaten Wirtschaftslage Nordrhein-Westfalens für zweifelhaft.

Auch die SPD-Fraktion, so **Werner Bischoff (SPD)**, stehe einer globalen Minderausgabe sehr kritisch gegenüber. Bei den Folgen aus der Steuerschätzung handele es sich um eine bundesweite Entwicklung, die im diskutierten Falle auf Nordrhein-Westfalen heruntergerechnet werde. Da die CDU-Fraktion den Haushalt ohnehin ablehnen werde, tangierten ihn die "Krokodilstränen" nicht.

Nicht nur das Parlament, sondern auch die Bauwirtschaft sei gespannt, so **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, wann welches Geld fließen werde, um die im Rahmen des 12-Punkte-Programms angekündigten Maßnahmen zu finanzieren. Der Vergleich zwischen den Haushalten Russlands und Nordrhein-Westfalens sei nicht ganz unproblematisch. Ein Vergleich mit dem Haushalt beispielsweise von Botswana oder dem Jemen fiele wohl noch interessanter aus. Von einem "Steinbruch" zu reden sei gerechtfertigt, weil sich in der Mittelstandsförderung eine rückwärts gewandte Tendenz bemerkbar mache, die dramatische Züge angenommen habe. Von Jahr zu Jahr stünden immer weniger operative Mittel zur Verfügung. Würde sich die Entwicklung so fortsetzen, bliebe wahrscheinlich nur noch der Ansatz für den geschützten Bereich des Steinkohlenbergbaus übrig.

Seine Fraktion werde sich konstruktiv an der Diskussion beteiligen, wie das Problem der Steuermindereinnahmen gelöst werden könne. Neben Anträgen zur Aufstockung von Haushaltsansätzen habe seine Fraktion auch Kürzungen vorgeschlagen. Im Zusammenhang mit dem Technologieberatungsprogramm und dem REN-Programm gebe es noch Möglichkeiten der Umschichtung. Es wäre besser gewesen, über diese Themen schon heute diskutieren zu können, statt weiter beobachten zu müssen, wie das Mitbestimmungsrecht des Landtags stetig zurückgefahren werde. Dass sich die SPD-Fraktion darauf beziehe, dass die Opposition den Haushalt ohnehin ablehnen werde, sei kein Argument.

Bernhard Tenhumberg (CDU) stellt klar, dass im Falle einer Ablehnung von Haushaltspositionen eine entsprechende Begründung mit auf den Weg gegeben werde. Die globale Minderausgabe sei gewaltig gestiegen, ohne dass das Ministerium eine plausible Begründung liefere. Er hätte erwartet, dass die Landesregierung zumindest Bereiche nenne, die mit einer Kürzung belegt würden. Er sehe das Budgetrecht des Parlaments ebenfalls verletzt.

Der Vorwurf des **Bernhard Tenhumberg** sei nicht nachzuvollziehen, bemerkt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, könne die Opposition doch jeden von ihr für erforderlich gehaltenen Antrag stellen. Hätte man die von der CDU-Fraktion favorisierte Steuerpolitik auf Bundesebene umgesetzt, hätte man es jetzt mit noch ganz anderen Formen der globalen Minderausgabe zu tun. Die öffentlichen Haushalte wären noch viel schwerer belastet.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das werden Sie nie verstehen!)

- Die theoretischen Ansätze des Dr. Papke seien bekannt. Allerdings habe die FDP-Fraktion wenig Ahnung von der Praxis. Die Kürzungsvorschläge der FDP-Fraktion ließen jeglichen Kontakt zu einer sozial verträglichen Politik vermissen und kämen einem Kahlschlag gleich. Diese Politik sei eben sozial unverträglich und niemandem im Lande zuzumuten.

Insgesamt umfasse der Haushalt seines Ressorts 3,5 Milliarden Euro, erinnert **Minister Schwanhold**. Dem Wirtschaftshaushalt fielen 38 Millionen Euro, also 1,08 %, des Gesamthaushaltes zu. Investive Maßnahmen seien durchaus geeignet, Impulse zu setzen. Angesichts eines Bruttoinlandsproduktes von 430 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen nehme sich der zuvor genannte Betrag noch geringer aus. Vor diesem Hintergrund glaube er nicht an die belebende Wirkung von Ausgaben in der Linearität, wie sie der Abgeordnete **Weisbrich** dargestellt habe.

Christian Weisbrich (CDU) gibt zu bedenken, dass der Betrag - hätte sich Nordrhein-Westfalen in den letzten dreißig Jahren am Bundesdurchschnitt orientiert - um 123 Milliarden Euro höher hätte ausfallen können. Der Rückstand Nordrhein-Westfalens vergrößere sich. Diese Lücke sei verantwortlich für die nordrhein-westfälische Haushaltsmisere.

Der **Ausschuss** wendet sich sodann der **Antragsberatung und -abstimmung** der Anträge zum **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr** - zu. - Die Anträge mit den Lfd. Nrn. 1 bis 13 sind diesem Ausschussprotokoll im Rahmen der **Anlage** beigelegt.

Antrag Lfd. Nr. 1

Für die antragstellende Fraktion erinnert **Dr. Gerhard Papke (FDP)** an die Aussagen der Landesregierung, dass es sich bei dem in Rede stehenden Förderprogramm um das erfolg-

reichste Programm seiner Art überhaupt handele. Auch wenn alle Anträge aus dem Handwerksbereich bewilligt werden sollten, erkläre sich seine Fraktion mit der vorgeschlagenen Kürzung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht einverstanden. Die Signalwirkung wäre fatal. Von der Aufstockung des Titels erwarte er eine belebende Wirkung.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) teilt mit, nach seinem Kenntnisstand würden trotz der Mittelkürzung alle Anträge bewilligt. Er gehe davon aus, dass diese Zusage eingehalten werde.

Werner Bischoff (SPD) hält den Ausführungen des Dr. Papke entgegen, dass seine Fraktion nicht an Signalwirkungen, sondern an pragmatischen Lösungen interessiert sei.

Seine Fraktion hege sehr viel Sympathie für den Antrag der FDP-Fraktion, bekundet **Christian Weisbrich (CDU)**. Der Handwerkskammertag habe allerdings bestätigt, dass es an der Stelle Einvernehmen zwischen dem Handwerk und dem Wirtschaftsminister gebe. Obwohl seine Fraktion das Anliegen der FDP-Fraktion voll unterstütze, werde man sich der Stimme enthalten. Er erwarte, dass die Zusagen des Ministers eingehalten würden.

Könne das Ministerium ausschließen, möchte **Bernhard Tenhumberg (CDU)** wissen, dass der diskutierte Titel von der globalen Minderausgabe betroffen werde? - Es gehe darum, fügt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** hinzu, dass der Minister die Aussage bestätige, dass das Versprechen eingehalten werde, andere Haushaltstitel, aus denen die Mittel gegebenenfalls abgezweigt würden, keiner größeren Kürzung zu unterwerfen.

Alle Anträge würden gefördert, versichert **Minister Schwanhold**. Es müsse nach außen tatsächlich ein Signal gesetzt werden, damit sich mehr Menschen im Handwerk engagierten.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 2

Seine Fraktion, bemerkt **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, begrüße die bisherigen Ansätze in der Landespolitik außerordentlich. Man erwarte unmittelbare Exportchancen für den Mittelstand. Die Möglichkeiten des Ministeriums sollten sowohl über einen erhöhten Ansatz in der Titelgruppe 73 wie auch in der Titelgruppe 68 verbessert werden.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 3

Der **Antrag** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 4

Der **Antrag** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 5

In Verbindung damit:

Antrag Lfd. Nr. 6

Dr. Gerhard Papke (FDP) geht namens seiner Fraktion von großen Einsparpotenzialen im REN-Bereich aus, die allerdings in erster Linie im Haushalt des MBW angesiedelt seien. Auch die SPD-Fraktion habe erkannt, dass bisher quasi eine Doppelförderung gefahren worden sei. Man habe vorrangig grüne Sonderinteressen befriedigt.

Christian Weisbrich (CDU) teilt die Auffassung, dass insbesondere über die Abnahmepreise für regenerativ erzeugte Energie eine ganz erhebliche Förderung stattfinde. Deshalb könne der Ansatz noch stärker als von der FDP-Fraktion vorgeschlagen zurückgefahren werden. Die Nutzung regenerativer Energien werde selbstverständlich begrüßt; allerdings seien die Preise so gestaltet, dass eine zusätzliche Förderung nicht mehr erforderlich sei.

Reiner Priggen (GRÜNE) stellt klar, dass es um REN-Spitzen-technologie gehe, nicht aber die Breitenanwendung. Konkret sei die Förderung der Brennstoffzellentechnologie gefragt im Gegensatz zur Breitenwirkung von Photovoltaik.

Der Hintergrund sei ihm schon gegenwärtig, erwidert **Christian Weisbrich (CDU)**. Bekannt sei, wie sehr sich das RWE in der Entwicklung von Brennstoffzellen engagieren wolle. Er sei aber nicht bereit, Großunternehmen zu fördern. Die Entwicklung solcher Technologien ginge an kleinen und mittleren Unternehmen vorbei. Dass der Ansatz nicht komplett zusammengestrichen werden solle, halte er für einen ausgewogenen Kompromiss.

Reiner Priggen (GRÜNE) regt an, der Ausschuss solle sich in einer der nächsten Sitzungen zum Thema "REN-Spitzen-technologie" berichten lassen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) bestätigt, konsensual gesehen werde wohl, dass sich Nordrhein-Westfalen notwendigerweise an der Förderung von Spitzentechnologie beteiligen müsse. Er fordere die Grünen-Fraktion auf, sich mit den Details der diskutierten Anträge zu befassen. Alleine für die Geschäftsbesorgung der unterschiedlichen Agenturen und Programmberatungen etc. würden mehr als 7 Millionen Euro veranschlagt. Bei einer genauen Analyse der Abläufe werde sicherlich noch ein erhebliches Einsparpotenzial realisiert werden können. Gerade im Beratungsbereich seien "Dickichte" entstanden, die beseitigt werden könnten. Der Antrag seiner Fraktion verstehe sich als Anstoß, für eine Straffung der Programme zu sorgen, sodass Mittel für den Zweck übrig blieben, von dem auch der Abgeordnete Priggen gesprochen habe.

Reiner Priggen (GRÜNE) bedauert, dass offensichtlich nicht bekannt sei, was im diskutierten Bereich tatsächlich geleistet werde. Die "Energieagentur NRW" und die "Landesinitiative Zukunftsenergien NRW" hätten gerade eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen unterrichtet und förderten einen Informationsaustausch. Die Arbeit gestalte sich vernetzt über ganz Nordrhein-Westfalen. Eine solche Koordination könnten die kleinen und mittelständischen Unternehmen aus eigener Kraft heraus nicht leisten.

Christian Weisbrich (CDU) relativiert, bei der Spitzenförderung, die der Abgeordnete Priggen angesprochen habe, entfielen lediglich 7,5 Millionen Euro auf private Unternehmen. Diesen Bereich wolle seine Fraktion selbstverständlich nicht antasten. Die beste Koordination erreiche nach wie vor der Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen. Bürokratie sei nicht geeignet, eine solche Koordination zu verbessern.

Minister Schwanhold teilt mit, bei der Implementierung von Photovoltaikanlagen entfielen 50 % der Wertschöpfung auf die Hersteller und 50 % blieben bei den Unternehmen, die sie warteten und aufbauten. Über das Beratungsprogramm werde beispielsweise auch das Handwerk in die Lage versetzt, an der Wertschöpfung in den Bereichen Photovoltaik und Brennstoffzellen teilzunehmen.

Der **Antrag der FDP-Fraktion** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Antrag der CDU-Fraktion** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der CDU-Fraktion und bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 7

Der **Antrag** der FDP-Fraktion wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 8

Der **Antrag** der CDU-Fraktion wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 9

Der **Antrag** der FDP-Fraktion wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 10

Reiner Priggen (GRÜNE) bittet den Antragsteller darum zu erklären, wie ein Ansatz, der mit laufenden Verträgen zusammenhänge, quasi auf Null gesetzt werden könne.

Der Antrag seiner Fraktion, legt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** dar, müsse eingebettet werden in das Gesamtkonzept zur Rückführung der Beihilfen. Es werde gelingen, mit den am Kompromiss beteiligten Parteien eine neue Finanzierungsalternative für den auslaufenden Bergbau bis 2005 zu entwickeln. Auf dem Wege werde man es schaffen, 1 Milliarde DM einzusparen. Dieser Debatte könne sich niemand mit dem Hinweis darauf entziehen, dass 1997 etwas anderes vereinbart worden sei. Die FDP-Fraktion wolle diese Vereinbarung nicht brechen.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Sie wollen sie nicht brechen, Sie brechen sie bloß!)

Es müsse neu verhandelt werden. Wer von einem unverrückbaren Status quo ausgehe, entziehe sich der ernsthaften Diskussion um die Ressourcenverwendung innerhalb der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Fritz Kollorz (CDU) macht darauf aufmerksam, dass sich die FDP mit ihrem Antrag auf den Haushalt für das Jahr 2002 beziehe, im Antragstext selber aber auf das Jahr 2005 als Zeithorizont abziele. Welcher Rahmen gelte konkret?

Dr. Gerhard Papke (FDP) geht davon aus, dass der Steinkohlenbergbau im Jahre 2005 auslaufe, sodass nach diesem Datum für diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen keine

Subventionen mehr erforderlich seien. Für die Zeit bis zum Jahre 2005 seien Gesamtsubventionen in Höhe von 25,7 Milliarden DM vorgesehen. Dieser Betrag solle halbiert werden, und zwar mit der Möglichkeit, dass die von Nordrhein-Westfalen bereitgestellten Mittel direkt und damit schon im Haushaltsjahr 2002 für eine sinnvolle Verwendung zur Verfügung stünden. Dieses Modell müsse vom Bund mitgetragen werden. Gespräche müssten geführt werden.

Wollte die FDP ihr Ziel erreichen, schlussfolgert **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, müsste sie innerhalb von vier Wochen aus der Steinkohle aussteigen und zu dem Zweck ihr Tempo enorm erhöhen. Das widerspreche jedweder Logik.

Christian Weisbrich (CDU) betont, dass auch seine Fraktion nicht gewillt sei, bestehende Verträge zur Disposition zu stellen. In der Argumentation der FDP falle ihm ein weiterer logischer Bruch auf: Wenn der Bergbau tatsächlich möglichst schnell heruntergefahren werden solle, wäre die Konsequenz, die Subventionen sogar noch zu erhöhen. Immerhin sollten ja beim Auslaufen des Bergbaus nicht Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zwangsläufig auf der Straße stehen. Die Diskussion sei ohnehin eher virtueller Natur, da auch der FDP wohl klar sei, dass sich ihr Antrag aufgrund der herrschenden Meinung nicht durchsetzen werde.

Wenn auch die politische Diskussion, so **Werner Bischoff (SPD)**, angesichts der Mehrheitsverhältnisse virtueller Natur sei, so bedeute das, was die FDP mit ihrem Vorhaben beabsichtige, dennoch eine solche Bedrohung für viele Tausend Menschen in Nordrhein-Westfalen, dass er alleine deshalb schon den Antrag der FDP auf das Schärfste zurückweise.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ob das, was die FDP vorhabe, entgegnet **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, wirklich von so vielen Menschen als Bedrohung empfunden werde, werde sich noch herausstellen müssen. Vielleicht fühlten sich eher die Vertreter organisierter Sonderinteressen und ihre parlamentarischen Repräsentanten in ihren Einflussmöglichkeiten bedroht. Die FDP schätze die Stimmung im Lande Nordrhein-Westfalen - auch in den Bergbauregionen - ganz anders ein. Das, was sie mit Blick auf die Verträge vorhabe, sei in keinsten Weise rechtswidrig. Im Übrigen vertrete beispielsweise die Grünen-Fraktion am Niederrhein in Sachen Bergbau eine völlig andere Linie als im Landtag.

Gefragt worden sei eigentlich, betont **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** bei der Gelegenheit, nach der Logik zwischen beiden Anträgen der FDP-Fraktion. Der Abgeordnete Papke habe darauf hingewiesen, dass der Bund den nordrhein-westfälischen Anteil übernehmen wolle.

Fritz Kollorz (CDU) fordert angesichts des Vorhalts "organisierter Sonderinteressen" mehr Sorgfalt im Umgang miteinander. Immerhin habe sich der Landtag auf Initiative der FDP-Fraktion auch über das Thema Erdöl und damit die arabische Liga unterhalten.

Der **Antrag** der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 11

Der **Antrag** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **angenommen**.

Antrag Lfd. Nr. 12

Der **Antrag** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **abgelehnt**.

Antrag Lfd. Nr. 13

Christian Weisbrich (CDU) erinnert daran, noch im April letzten Jahres habe der Wirtschaftsminister eine Kampagne unter dem Motto "Die Stärken regionaler Wirtschaft ausbauen" gestartet. Nicht nur auf der regionalen Ebene müsse allerdings etwas passieren. Die Initiativen dürften sich nicht in der bisherigen Weise nur auf das Ruhrgebiet konzentrieren. Der Minister habe in seinen Erläuterungen u. a. ausgeführt, dass die vorhandenen Mittel nicht mehr ausreichen, um neue Anträge zu bewilligen, sondern ausschließlich genutzt würden, um bereits bewilligte Anträge auszufinanzieren. Diese Situation sei nicht tragbar. Strukturverbesserungen müssten auch zukünftig außerhalb des Ruhrgebiets und für neue Projekte möglich sein.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Einzelplan 08** unter Berücksichtigung der sich aus der Ausschlussdiskussion ergebenden Abstimmungsergebnisse mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Vor Eintritt in die Behandlung des Einzelplans 10 äußert **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** die Bitte, dass dem Ausschuss Maßnahmen zur Erhöhung der Flugsicherheit und des Umweltschutzes gegebenenfalls vorgestellt würden. - **Minister Schwanhold** sagt dies zu.

Zum **Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Kapitel 10 040) gibt es keine Änderungsanträge. Der **Einzelplan** wird in den ausschussrelevanten Bereichen ohne Änderungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Sodann wendet sich der **Ausschuss** dem **Einzelplan 15** im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr zu:

Antrag Lfd. Nr. I

Der **Antrag** wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU- und FDP-Fraktion **angenommen**.

Antrag Lfd. Nr. II

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion **angenommen**.

Auf eine entsprechende Nachfrage der **Andrea Milz (CDU)** erläutert **Helga Gießelmann (SPD)**, der Haushaltsvermerk sei als Hinweis gedacht, dass sich die Träger der infrage kommenden Maßnahmen bemühen müssten, den geforderten Frauenanteil zu erreichen. Sollten sich genügend Frauen bewerben, würden Mittel jedoch nicht verloren gehen. Die Formulierung habe den Charakter einer Kann-Bestimmung. - Dann müsse allerdings, moniert **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, formuliert werden: "Bei der Durchführung ... *sollen* Schülerinnen und junge Frauen berücksichtigt werden ...".

Da für die Realisierung der Anträge kein frisches Geld zur Verfügung stehe, kritisiert **Hannelore Brüning (CDU)**, handele es sich wohl eher um Show-Anträge. Vor Ort wolle sich die Koalition in Szene setzen, ohne im Haushalt mehr Geld zur Verfügung stellen zu können.

Man habe festgestellt, entgegnet **Helga Gießelmann (SPD)**, dass in der Vergangenheit Jungen und Mädchen nicht gleichmäßig beteiligt worden seien. Dem solle entgegengewirkt werden. Frisches Geld werde nicht benötigt. Das Gender-Mainstreaming-Prinzip sei einzuhalten: Bei allen Programmen solle darauf geachtet werden, dass beide Geschlechter berücksichtigt würden.

Wenn dieser Antrag praktisch umgesetzt werden solle, so **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, sei Voraussetzung, dass relativ exaktes Datenmaterial vorliege. Wie und auf welcher Ebene

sollten diese Daten erhoben werden? Inwieweit seien die Arbeitsämter gebunden? - Wie solle sich ein Vermittler beim Arbeitsamt verhalten, wenn er zwischen einem Bewerber mit guten Qualifikationen und einer Bewerberin mit möglicherweise etwas geringeren Qualifikationen zu entscheiden habe? Würde mit Blick auf die Geschlechtsstatistik des Arbeitsamtsbezirkes die Entscheidung zugunsten der jungen Frauen fallen?

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen resümiert bei der Gelegenheit aus den bisherigen Wortbeiträgen, dass alle Fraktionen gewillt seien, dem Anliegen in der angemessenen Weise zu entsprechen.

Bei den Maßnahmen, erläutert **Reiner Priggen (GRÜNE)**, gehe es verstärkt darum, junge Mädchen und Frauen mehr im Bewusstsein derjenigen zu verankern, die Berufsförderlehrgänge und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen durchführten. Der Ansatz sei notwendig, weil vielfach noch männerdominiertes Denken vorherrsche. Mittel sollten auf keinen Fall verfallen. Wenn nicht die erforderlichen Anteile junger Mädchen/Frauen da seien, sollten selbstverständlich auch andere Wege eingeschlagen werden können. Es gehe nicht darum, mit einer dogmatischen Herangehensweise unter einem enormen bürokratischen Aufwand eine bestimmte Quotierung einhalten zu wollen.

Eine Formulierung des Anliegens als Soll-Bestimmung, legt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** dar, würde es manchem erleichtern, dem Anliegen zuzustimmen: Eine Muss-Vorschrift würde in der praktischen Umsetzung schon zu Problemen führen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) moniert, seine Fragen seien noch nicht beantwortet worden. Wie sollten die Daten erhoben werden? Welche Mittel würden den Arbeitsämtern konkret an die Hand gegeben?

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen macht darauf aufmerksam, dass mit dem Antrag eine politische Absichtserklärung verbunden sei. Er habe angeregt, eine andere Formulierung zu finden, die für die praktische Umsetzung keine Schwierigkeiten bedeute.

Im Antrag zu Titelgruppe 61, teilt **Reiner Priggen (GRÜNE)** mit, sei von den bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten und nicht vermittelten Jugendlichen die Rede. Das benötigte Datenmaterial liege vor. Weiterer Erhebungsbedarf sei nicht gegeben.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **angenommen**.

Die **Anträge Lfd. Nr. III bis V** werden ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion angenommen.

Der **Einzelplan 15** wird im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sodann mit den sich aus dem Diskussionsverlauf ergebenden Änderungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

2 Für einen wirtschaftlichen Aufbruch in NRW. Schluss mit der Politik der eingeschlafenen Hand

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1516

In Verbindung damit:

Für ein Reformpaket zur Belebung und Modernisierung der NRW-Wirtschaft

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1519

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen weist darauf hin, die im Zusammenhang des Tagesordnungspunktes zu behandelnden Anträge habe das Plenum in seiner Sitzung am 5. September an den hiesigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge zur Mitberatung übersandt. Der Antrag solle im hiesigen Ausschuss öffentlich beraten und abgestimmt werden.

Der Ausschuss habe bereits in seiner Sitzung am 31. Oktober beraten und beschlossen, in der heutigen Sitzung eine abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen. Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge habe am heutigen Vormittag bereits über die beiden Anträge abschließend beraten und abgestimmt. Beide Anträge seien abgelehnt worden.

Christian Weisbrich (CDU) sieht einen inneren Zusammenhang zwischen den Themen, die unter den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 4 behandelt würden. Im Mittelpunkt stehe die Förderung der Wirtschaft und speziell die des Mittelstandes. Die beiden Anträge des aktuellen Tagesordnungspunktes seien bereits Gegenstand ausführlicher plenarer Beratungen gewesen. Es liege bestimmt auch im Interesse der FDP-Fraktion, wenn sich der Ausschuss mit Blick auf eine Verbesserung der Situation des Mittelstandes unter den Tagesordnungspunkten 3 und 4 um eine gemeinsam getragene Lösung bemühe. Einigkeit herrsche unter allen Fraktionen,

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	FDP	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 683 13 Landes-Förderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe für Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister - Meistergründungsprämie"</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 9 150 000 EUR um 5 000 000 EUR auf 14 150 000 EUR</p> <p>Begründung Angesichts der nach wie vor eklatanten Unternehmerkücke in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erscheint die Aufstockung des Ansatzes für die Meistergründungsprämie, mit der ja bereits zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, unbedingt sinnvoll.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis														
2	FDP	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 73 Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa</p> <p>Titel 685 73 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>von</td> <td>1 250 000 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1 500 000 EUR</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2 750 000 EUR</td> </tr> </table> <p>Begründung Intensivierung der Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa, vor allem der Unterstützung von NRW-Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Erschließung des Marktpotentials in den Staaten Mittel- und Osteuropas.</p>	von	1 250 000 EUR	um	1 500 000 EUR	auf	2 750 000 EUR	<p>abgelehnt</p> <table border="0" style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	FDP	ja	GRÜNE	nein
von	1 250 000 EUR																
um	1 500 000 EUR																
auf	2 750 000 EUR																
SPD	nein																
CDU	Enthaltung																
FDP	ja																
GRÜNE	nein																

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	FDP	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 68 Förderung der Außenwirtschaft</p> <p>Titel 685 68 Aus- und Fortbildung und Betreuung von Fach- und Führungskräften für die gewerbliche Wirtschaft sowie Förderbaustein Auslandsmärkte</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 4 390 000 EUR</p> <p>um 1 000 000 EUR</p> <p>auf 5 390 000 EUR</p> <p>In den "Erläuterungen zu Titelgruppe 68" wird unter Ziffer "3. Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in den mittel-, südost- und osteuroäischen Reformländern sowie den GUS-Staaten" der Ansatz</p> <p>von 600 000 EUR</p> <p>auf 1 600 000 EUR</p> <p>erhöht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>FDP ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 3		<p>Begründung Die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in den o. a. Ländern ist für die Intensivierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen NRW's mit diesen Ländern, die geradezu ein "natürlicher Markt" der NRW-Wirtschaft sind, besonders geboten.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	FDP	<p>Kapitel 08 040 Technologie- und Innovationsprogramme Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titelgruppe 73 Technologieprogramm NRW, Programmbe- reich "Technologieprogramm-Bergbau"</p> <p>Senkung des Ansatzes von 5 600 000 EUR um 1 500 000 EUR auf 4 100 000 EUR</p> <p>Begründung Da es sich bei diesem Programm (auch) um Maßnahmen des in 2005 auslaufenden NRW-Steinkohlebergbaus handelt, kann der Haushaltsansatz entsprechend ermäßigt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	FDP	<p>Kapitel 08 060 Programm "Rationelle Energienutzung" (REN-Programm)</p> <p>Titelgruppe 60 Programm "Rationelle Energienutzung" (REN-Programm)</p> <p>Senkung des Ansatzes von 25 500 000 EUR um 7 150 000 EUR auf 18 350 000 EUR</p> <p>Begründung Erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung werden durch verschiedene Programme des Bundes und des Landes NRW bereits sehr intensiv gefördert, so dass der Haushaltsansatz für das REN-Programm stärker ermäßigt werden kann, ohne dass das Anliegen des Programms gefährdet würde.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	FDP	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 72 Mittelstands-Offensive NRW</p> <p>Senkung des Ansatzes von 1 750 000 EUR um 1 750 000 EUR auf 0 EUR</p> <p>Begründung Das Programm Mittelstands-Offensive NRW ist ein ausschließlich auf Medienwirksamkeit abzielendes Begleitprogramm, das keine Hilfen für mittelständische Unternehmen beinhaltet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	<p>Kapitel 08 030</p> <p>Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 60</p> <p>Förderung eines modernen Managements, Beratungen für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen ("Beratungsprogramm Wirtschaft"), sonstige Maßnahmen zur betrieblichen Leistungssteigerung im Mittelstand</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 5 500 000 EUR</p> <p>um 4 500 000 EUR</p> <p>auf 10 000 000 EUR</p> <p>Begründung</p> <p>Die Ansätze für das Beratungsprogramm werden erhöht zugunsten der Begleitberatung nach der Existenzgründung, da dies in der Regel aufgrund der fehlenden Erfahrung der Jungunternehmer die kritische Phase in der Entwicklung der neugegründeten Unternehmen ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP Enthaltung</p> <p>GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	FDP	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 60 Förderung eines modernen Managements, Beratungen für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen ("Beratungsprogramm Wirtschaft"), sonstige Maßnahmen zur betrieblichen Leistungssteigerung im Mittelstand</p> <p>Titel 685 60 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 5 300 000 EUR um 2 900 000 EUR auf 8 200 000 EUR</p> <p>Bei den "Erläuterungen zu Titel 685 60" ist zu ergänzen: "2.6 E-Commerce-Beratung für kleine und mittlere Unternehmen 2 900 000 EUR"</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>FDP ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 9		<p>Begründung Aus dem sich dynamisch entwickelnden Internet-Handel erwachsen grundlegende Veränderungen für Einkauf, Produktion und Verkauf, die vielen mittelständischen Unternehmen noch nicht bewusst sind. Um den hieraus drohenden Wettbewerbsnachteilen gegenüber Großunternehmen, die technische Trends frühzeitig zu nutzen wissen, zu begegnen, soll eine systematische E-Commerce-Beratung für KMUs in NRW aufgebaut werden.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
70	FDP	<p>Kapitel 08 050 Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft</p> <p>Titel 683 20 Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen</p> <p>Senkung des Ansatzes von 495 686 000 EUR um 495 686 000 EUR auf 0 EUR</p> <p>Begründung Auf den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion zum Abbau der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle wird verwiesen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 883 10 Euregionales Zentrum für Luftverkehr</p> <p>Änderung der Erläuterung zum Titel:</p> <p>Die Mittel stehen für Erschließungs-, sowie Umstellungs- und Anpassungsinvestitionen zur Schaffung der Infrastruktur des geplanten Euregionalen Zentrums für Luftverkehr, Logistik und Gewerbe (Weeze-Laarbruch) bereit. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen: Erneuerung des Wasser- und Abwassersystems, Straßenbau, Abriss von Gebäuden, Ausgleichsmaßnahmen.</p> <p>Begründung Bei der Luftfahrtinfrastruktur fördert das Land grundsätzlich nur Maßnahmen, die zur Erhöhung der Flugsicherheit sowie zur Wahrung der Belange des Umwelt- und Naturschutzes dienen. Dies wird mit der Streichung des Halbsatzes klargestellt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein FDP Enthaltung GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 08
im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	CDU	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 541 10 Kosten für Präsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen, Ausstellungen und Kongressen usw.</p> <p>Senkung des Ansatzes von 2 760 000 EUR um 1 278 000 EUR auf 1 482 000 EUR</p> <p>Begründung Die Auslobung des NRW-Wirtschaftspreises "Milestones", der im Rahmen einer Abendveranstaltung mit kulturellem Begleitprogramm übergeben wird, ist bei einer derart schwierigen Haushaltslage nicht erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1120

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
73	CDU	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 69 Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 12 800 000 EUR um 12 200 000 EUR auf 25 000 000 EUR</p> <p>Begründung Die ursprünglich angesetzten Barmittel werden im vollen Umfang zur Ausfinanzierung bereits bewilligter Maßnahmen benötigt. Neubeantragungen sind ohne eine Aufstockung der Mittel nicht möglich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP Enthaltung GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
I	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 032 Berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Titelgruppe 69 Landesprogramm „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“</p> <p>Titel 685 69 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 711 500 EUR</p> <p>um 1 334 100 EUR</p> <p>auf 2 045 600 EUR</p> <p>Begründung Die Erhöhung der Barmittel ist notwendig, um das erfolgreiche Programm „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“ in vollem Umfang fortführen zu können.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1138

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
II	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 032 Berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Titelgruppe 60 Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung</p> <p>Die Erläuterungen zu Titelgruppe 60 werden wie folgt ergänzt: „Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 60 werden im Rahmen der Nachwuchssicherung auch dafür eingesetzt werden, leistungsstarke weibliche Jugendliche zu bewegen, eine Ausbildung im Handwerk, vor allem in zukunftsorientierten Berufen, zu beginnen.“</p> <p>Diese Erläuterung ist verbindlich (§17 Abs. 1 Satz 2 LHO).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1138

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
III	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 032 Berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Titelgruppe 61 Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher</p> <p>Zu Titelgruppe 61 (S. 122) wird folgender (weiterer) Haushaltsvermerk angefügt:</p> <p>„5. Bei der Durchführung von Berufsförderlehrgängen und außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 61 sind Schülerinnen bzw. junge Frauen in dem Maße zu berücksichtigen, wie es ihrem Anteil an der Zahl der Schulabgänger/innen bzw. ihrem Anteil an bei der Arbeitsverwaltung gemeldet, nicht vermittelten Jugendlichen, die ausbildungswillig und -fähig sind, entspricht.“</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1138

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
IV	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 032 Berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Titelgruppe 62 Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen</p> <p>Zu Titelgruppe 62 (S. 124) wird folgender (weiterer) Haushalts- vermerk angefügt: "5. Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 62 werden minde- stens in dem Maß auf junge Frauen abzielen, wie es ihrem Anteil an ausbildungswilligen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ent- spricht."</p> <p>Den Erläuterungen zu Titelgruppe 62 wird folgender neuer Satz 3 angefügt: "Nach der im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen II zum Ausdruck kommenden Vereinbarung ist die Förderung der Aus- bildungsbeteiligung von jungen Frauen als ein Querschnittsauftrag von allen Vertragspartnern anerkannt, der sich durch alle zu be- stimmenden Themen und Aktionsfelder ziehen soll."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1138

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
IV	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 032 Berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Titelgruppe 65 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung</p> <p>Zu Titelgruppe 65 (S. 126) wird folgender (weiterer) Haushaltsvermerk angefügt:</p> <p>„5. Bei der Durchführung von Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 65 ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an den Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung zu gewährleisten.“</p> <p>Die Erläuterungen zu Titelgruppe 65 (S. 127) werden wie folgt ergänzt:</p> <p>„Bei der Durchführung von Maßnahmen aus Mitteln der Titelgruppe 65 wird der Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming einbezogen, das heißt die unterschiedlichen Interessen und Belange von Frauen und Männern sind von Anfang an bei der Vorbereitung, Evaluierung und Durchführung von modellhaften neuartigen wirtschaftsbezogenen Weiterbildungsveranstaltungen, Veranstaltungen und Tagungen, der Ausstattung beruflicher Weiterbildungsstätten und der Weiterbildungs-Initiative als Instrument zur gezielten und passgenauen Förderung inhaltlicher Schwerpunkte zu berücksichtigen.“</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Stadtwerke Düsseldorf AG, Postfach 101136, 40002 Düsseldorf

Herrn
Ministerpräsident Wolfgang Clement
Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-
Westfalen
Stadttor 1

Marketing
OE211
David A. Merbecks
Telefon: 0211-821-2174
Telefax: 0211-821-3113
e-mail: dmerbecks@swd-ag.de

40213 Düsseldorf

08.11.2001

Offene Beträge durch KWK-G und EEG Zuschläge bei der Stromversorgung

Sehr geehrter Herr Clement,

durch das Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK-G) sind alle Stromversorger mit erheblichen Mehrkosten belastet. Das EEG erlaubt es, diese Mehrkosten auf die Kunden umzulegen und auch für das KWK-G wurde diese Vorgehensweise vom Gesetzgeber unterstellt.

Am 1. April 2000 trat das Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) in Kraft. Es verpflichtet Netzbetreiber, Strom aus Photovoltaik-, Windkraft- oder Biogasanlagen und anderen erneuerbaren Energiequellen an ihr Netz anzuschließen und zu vergüten. Das im EEG festgelegte Entgelt liegt über dem marktüblichen Strompreis. Im Vergleich zur Strombeschaffung am Markt führt das EEG auf Grund der überhöhten Entgelte zu höheren Strombeschaffungskosten.

Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) vom 15. Mai 2000 erleichtert den Betreibern dieser Anlagen den Übergang auf den freien Markt. Es verpflichtet die lokalen Netzbetreiber und deren Übertragungsnetzbetreiber, Strom aus KWK-Anlagen abzunehmen und zu vergüten.

- 2 -

Aufsichtsratsvorsitzender:
Hans-Otto Christiansen,
Vorstand: Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Lause
(Vorsitzender), Dipl.-Phys. Karl Otto Abt,
Dr. Dieter Oesterwind, Rainer Pennekamp

Sitz der Gesellschaft: Düsseldorf
Rechtsform: Aktiengesellschaft
Eingetragen beim Amtsgericht Düsseldorf,
HRB Nr. 3466

Stadtwerke Düsseldorf
Aktiengesellschaft
Höherweg 100
40233 Düsseldorf

Telefon (0211) 8 21- 0
Telefax (0211) 8 21- 34 69
E-Mail info@swd-ag.de
Internet www.swd-ag.de

Bankverbindungen:

Stadtsparkasse Düsseldorf
Kto-Nr. 100 124 33, BLZ 300 501 10

Postbank Essen
Kto-Nr. 407 432, BLZ 360 100 43

sowie mit allen Düsseldorfer
Banken und Sparkassen



Die Stadtwerke
Düsseldorf AG
wenden ein Umwelt-
managementsystem
an und erfüllen die
Anforderungen der
DIN EN ISO 14001

08.11.2001

Das gesetzlich festgelegte Entgelt liegt ebenso wie beim EEG über dem Marktpreis für konventionell erzeugten Strom. Dies verursacht erhebliche Mehrkosten im Netzbereich.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG mußten auf Grund dieser Rahmenbedingungen zum 1. November 2000 eine Preiserhöhung um 0,9 Pf/kWh bei allen Kunden vornehmen. Die entsprechenden Tarifierhöhungen wurden durch das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr NRW genehmigt.

Obwohl der Gesetzgeber davon ausgegangen ist, dass die Mehraufwendungen durch Kostenwälzung von den Energieverbrauchern refinanziert werden, haben die Ihnen unterstellten Institute und Behörden der Preiserhöhung der Stadtwerke Düsseldorf AG bislang mit der Begründung widersprochen, dass diese Preisanpassung vertraglich nicht gerechtfertigt ist. Unter Vorbehalt gezahlte Beträge werden nun – zum Teil mit Verweis auf einen Erlass des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 31.08.2001 - in den aktuellen Monatsrechnungen in Abzug gebracht. Trotz einschlägiger Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, die die Rechtmäßigkeit bestätigen, hat sich auf diese Weise ein offener Posten ergeben.

Institute und Behörden des Bundes und der Länder schulden den Stadtwerken Düsseldorf AG entsprechend einem Stromverbrauch von rd. 315 GWh einen Betrag in Höhe von ca. 2,8 Mio. DM für den Zeitraum 1. November 2000 bis 31. Oktober 2001.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG sind nicht bereit, dieses Verhalten hinzunehmen, weil im vorliegenden Fall gegen Bundesgesetze durch landes- und bundeszugehörige Einrichtungen verstoßen wird. Im Gegensatz dazu müssen Privat- und Großkunden entsprechende Preiserhöhungen akzeptieren.


08.11.2001

Zudem dürfte es bei Abschluss der Stromlieferverträge gemeinsame Grundlage gewesen sein, dass Belastungen, die durch die öffentliche Hand eingeführt werden und einem öffentlichen Interesse dienen, zu Lasten des Kunden gehen, gleichgültig ob sie in Form einer Steuer oder einer gesetzlichen Abnahmeverpflichtung die Lieferung und Übertragung von elektrischer Energie belasten. Anders wäre es auch nicht verständlich, warum die Belastungen der Ökoststeuer für alle betroffenen Abnahmestellen gezahlt werden.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG bitten Sie, für die Zahlung der offenen Beträge zu sorgen. Bei der Umsetzung rechtskräftiger Bundesgesetze haben Einrichtungen des Bundes und der Länder nach unserer Auffassung eine Vorbildfunktion.

Eine Kopie dieses Schreibens erhalten die parlamentarischen Vertreter der Stadt Düsseldorf im Nordrhein-Westfälischen Landtag sowie des Deutschen Bundestages.

Mit freundlichen Grüßen
Stadtwerke Düsseldorf Aktiengesellschaft


Karl-Heinz Lause


Dr. Dieter Oesterwind